



Mit dem Rückzug wächst die Gefahr

BZ-Plus | Wo mit dem Rückzug ins Private ein steigendes Desinteresse am politischen Geschehen einhergeht, wächst die Gefahr einer niedrigen Wahlbeteiligung, meint Klaus

Leisinger. ⌚ 3 min



Klaus Leisinger

Fr, 21. Feb 2025, 20:05 Uhr

Kommentare



Wenn Menschen die Welt als zu kompliziert empfinden und die sich stellenden Probleme als zu groß, wenn sie der Ansicht sind, sie persönlich können daran sowieso nichts ändern, ziehen sie sich ins Private zurück. Bedrohungen durch globale Krisenphänomene werden – so lange man nicht unmittelbar davon betroffen ist – ausgeblendet. In der Privatsphäre hat man wenigstens den Überblick und den persönlichen Alltag mehr oder weniger im Griff. Gemäß einer Studie des Rheingold Instituts mit dem Titel "Deutschland auf der Flucht vor der Wirklichkeit" (Juli 2023) denken viele Menschen, die Politik sei hauptsächlich mit sich selbst beschäftigt und nicht in der Lage, die großen Probleme zu lösen.

Laut dem Standard Eurobarometer der Europäischen Kommission hatten im Herbst 2024 in Deutschland nur etwa 32 Prozent der Bevölkerung Vertrauen in die Parteien, rund 66 Prozent vertrauten den Parteien eher nicht. Eine der Folgen ist, dass sich weniger als die Hälfte der Deutschen für Politik insgesamt interessiert (Statista 2025). Wo mit dem Rückzug ins Private ein steigendes Desinteresse am politischen Geschehen einhergeht, wächst die Gefahr, dass niedrige Wahlbeteiligungen zu Ergebnissen führen, die man im Nachhinein als nicht repräsentativ empfindet.

Vor fast 60 Jahren schrieb Karl Jaspers "Wohin treibt die Bundesrepublik?". Er sah einerseits die Entwicklung einer Parteienoligarchie, die abgehoben vom Volk ihre Interessen verfolgt, andererseits die Gefahr, dass Wege beschritten werden "an deren Ende es weder eine Demokratie noch einen freien Bürger geben würde, vielleicht ohne dass die, die ihn gehen, dieses Ende wollen." Jaspers kritisierte unter anderem, dass die Politik den Staat "wie ihr Eigentum" benutze und "demokratische Ideale immer mehr zu reinen Floskeln verkommen, weil sie keine Leit motive für die politisch Handelnden" sind. Da fällt einem das eine oder andere aktuelle Beispiel ein – aber ist die heutige Situation schon mit der von 1966 vergleichbar?

Demokratie ist ein gesellschaftliches Regel-Arrangement: Durch Austausch von Argumenten und Diskussion verschiedener Bewertungen werden Mehrheitsentscheidungen immer aufs Neue ausgehandelt. Wer daran nicht teilnimmt, leistet sich selbst einen Bären dienst. Gesellschaftlicher Wandel in Bezug auf die großen Probleme ist immer graduell. Politik dafür ist die, der kleinen Schritte, Max Webers "starkes langsames Bohren von harten Brettern mit

Leidenschaft und Augenmaß zugleich". Das kann frustrierend sein. Und doch müssen Bürger und Bürgerinnen, denen die Demokratie am Herzen liegt, bei allem sonstigen Rückzug ins Private wählen gehen. Dazu nochmal Karl Jaspers: Zwar könne jeder sagen, "dass, wenn er nicht wähle, das Wahlergebnis sich nicht ändere, er aber doch wählt, weil er weiß, dass alle Einzelnen zusammen das Ergebnis bringen, so ist die sittliche Kraft des scheinbar verschwindenden Einzelnen die einzige Substanz und der wirkliche Faktor für das, was aus dem Menschsein wird."